



DIE LINKE.
Linksfraktion Bonn

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Nimptsch

im H a u s e

Bonn, den 16.12.2009

Gemeinsame Liste

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit diesem Schreiben informieren wir Sie darüber, dass die SPD-Fraktion im Bonner Rat und die Linksfraktion im Bonner Rat eine gemeinsame Liste für die Ausschussbesetzung bilden. Die bereits eingereichten Benennungslisten der beiden Fraktionen sind deshalb nach Maßgabe dieses Schreibens zusammengeführt.

Die Listenverbindung dient dem Ziel, unter strenger Berücksichtigung des Grundsatzes der Spiegelbildlichkeit von Rat und Ausschüssen, den Gemeinsamkeiten der Listenpartner Ausdruck zu verleihen und die verbindenden Momente in der anstehenden Gremienarbeit zur Geltung bringen zu lassen.

Die Listenverbindung stützt sich auf gemeinsame Ansätze und Werte des kommunalpolitischen und allgemeinen Selbstverständnisses. Diese Verbindungslinien gehen über spontane Übereinstimmungen in Sachfragen hinaus. Gemeinsamkeiten bestehen insbesondere hinsichtlich einer Ausweitung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten sowie einer ökologisch-nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik. Konkret bemühen sich die Listenpartner aktuell um eine Aufarbeitung der städtischen Verantwortung zur WCCB-Problematik sowie eine Fertigstellung des Vorhabens im Sinne der Stadt.

Von herausgehobener Bedeutung ist für die Listenpartner die gemeinsame Verantwortung für eine soziale Stadtentwicklungspolitik in Bonn. Es ist die Überzeugung beider Listenpartner, dass die kommunale Ebene eine klare Prämisse für die Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur auch in Zeiten knapper Kassen setzen muss. Dies gilt gerade im Bereich der Jugendförderung und den wichtigen Leistungen freier Träger für ein zukunftsfähiges Gemeinwesen. Aktuell gemeinsam eingereichte Anträge (s. Antrag Gülistan) sind Ausdruck dieser Übereinkunft. Sozialpolitik verstehen die Listenpartner als kommunale Querschnittsaufgabe. Dies beginnt mit der Bildungspolitik, wo die Partner auf die Aufhebung sozialer Hürden und längeres gemeinsames Lernen (Gesamtschule) im Ganztagsbetrieb (Gesamtschule Römerkastell) drängen. Eine soziale Stadtentwicklungspolitik erstreckt sich darüber hinaus auf die kommunale Bauleitplanung sowie die gerade in Bonn bestehende Notwendigkeit ausgeweiteten sozialen Wohnungsbaus. Sie verlangt einen gerechten Umgang mit der kommunalen Übernahme der Kosten der Unterkunft und die Begleitung und Kontrolle der Arbeit der ARGE Bonn. Eine soziale Stadtentwicklungspolitik umfasst letztlich die gesamte Breite der kommunalen Gremienarbeit.

Die Listenpartner streben unter Berücksichtigung und Respektierung der Souveränität und Eigenständigen der Beteiligten eine kommunale Gremienarbeit an, die den gemeinsamen Ansätzen entspricht. Die Listenverbindung trägt diesem inhaltlichen Anspruch Rechnung.

Mit freundlichen Grüßen



(Wilfried Klein)



(Michael Faber)